

Gymnasium – unverzichtbar

Unter dieses Motto haben wir unsere diesjährige JHV gestellt und seine Dringlichkeit hat uns alle in erfreulich großer Zahl zusammengeführt hat. In diesem Sinne begrüße ich Sie herzlich zum Öffentlichen Teil dieser traditionellen Zusammenkunft hier in Goslar.

Wir sind dankbar für die beträchtliche Zahl an Gästen, die unsere Einladung zum Kommen bewogen hat. Ihre Anwesenheit vermittelt die Kontinuität eines Kommunikationsprozesses, der uns das Jahr hindurch begleitet hat und den wir gerne an diesem Nachmittag und Abend fortsetzen möchten.

Mein erster Gruß gilt Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Ihnen, Frau Ministerin, danke ich zugleich dafür, dass Sie im Anschluss zu uns sprechen werden. Wir freuen uns, dass mit Ihnen zusammen Mitarbeiter des Ministeriums gekommen sind und zahlreiche unserer Gesprächspartner aus verschiedenen Abteilungen der Landesschulbehörde, für die ich stellvertretend den Präsidenten Ulrich Dempwolf nenne.

Ihr Interesse an unserer Schulform bekunden die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages Susanne Menge (Bündnis90/Die Grünen), André Bock (CDU), Björn Försterling (FDP) und Uwe Strümpel (SPD). Desgleichen sind Vertreter der katholische Kirche, uns nahestehender Lehrerverbände und Elternvereinigungen unserer Einladung gefolgt. Stadt und Landkreis Goslar repräsentieren die Bürgermeisterin Renate Luksch und der stellvertretende Landrat Hans-Peter Dreß. Seien Sie alle uns herzlich willkommen!

Schließlich danke ich Dr. Heike Schmoll von der FAZ, dass wir sie für den heutigen Anlass gewinnen konnten: Es wird uns allen gut tun, wenn Sie uns mit Ihrem Vortrag über die föderalen Grenzen hinausführen und unsern mitunter sehr eingegengten Blick für übergeordnete Gesichtspunkte schärfen.

I.

Verehrte Gäste: Wir sind mitten in einer der größten Bildungsreformen der Nachkriegszeit: nach 8 Jahren anstrengenden Weges zu g8 nun die strikte Rückkehr zu g9, Umgestaltung auch der Gymnasien zu inklusiven Schulen, Ausweitung des Ganztagsangebots und, wenn man so will: eine groß angelegte Flurbereinigung der niedersächsischen Schullandschaft, an deren Ende wohl nur zwei Schulformen bleiben werden: Gesamtschulen und Gymnasien. Und auch die Gymnasien womöglich nicht, wenn es nach der SPD geht, die in ihrem Hamburger Programm 2007 unmissverständlich dekretierte:

"Wir werben für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse." (Hamburger Programm der SPD, 28.10 2007, S. 62)

Sie werden verstehen, Frau Ministerin, dass wir keinen Grund sehen, Sie in diesem programmatischen Punkt nicht beim Wort zu nehmen und Ihr Bekenntnis zu dieser Aussage erwarten. Schließlich bestätigen viele Bestimmungen der Schulgesetznovelle unsere Skepsis.

Wenn man in Ihrer Koalitionsvereinbarung den Abschnitt „Bildung“ liest, dann fehlen zwei Begriffe vollständig; „Anstrengung“ und „Leistung“. Beide wurden bisher in positiver Weise mit den Bildungszielen des Gymnasiums konnotiert. Das ist jetzt zu Ende, denn Sie haben an vielen kleinen Stellschrauben gedreht, die eins zum Ziel haben: die Spezifik unseres gegliederten Systems aufzulösen: Es wird keine Zugangsvoraussetzung mehr geben, an Stelle von Noten treten mittelfristig Lernstandsberichte, die wohl weniger abstrakt sind, aber zugleich jedes quantifizierende Element ausschließen. Damit wird es auch keine Konsequenzen beim Nichterreichen eines definierten Leistungsziels geben: das Sitzenbleiben soll überflüssig werden durch verstärkte Förderung, und schließlich werden Gesamtschulen Gymnasien ersetzen, wenn der Schulträger das so will.

Wir sehen mit großer Sorge: Das Schulgesetz schafft eben nicht Gleichberechtigung, sondern legt den Vorrang für eine Schulform fest: sie kann ersetzend sein und sie kann sich mit dem Primarbereich verbinden. Gerade diese letzte Möglichkeit, die Gymnasien nicht eröffnet wird, zeigt: Sie präferieren die Einheitsschule bis Jahrgang 10.

Wir sehen mit großer Sorge: die Attraktivität der am stärksten nachgefragten Schulform soll durch geringere Ressourcenzuweisung verringert werden. Wir haben derzeit in bestimmten Bereichen durchaus schon dieselbe Klientel wie die Gesamtschulen, aber nicht ihre Möglichkeiten, ihr in allen Belangen gerecht zu werden. Die Ressourcen fließen vor allem in die integrativen Systeme, das sieht man an Planstellenzahlen und einer äußerst großzügigen Zuweisung von Lehrerstunden: Noch immer erhalten die Gymnasialen Oberstufen der IGS 34 Wochenstunden zugewiesen, obwohl die Stundentafel nur 32 erfordert. Hochgerechnet 1000 Lehrerstunden mehr sind das für die Gesamtschulen - ohne jeden Sachgrund, wie es in der Sprache der Behörde heißt.

Die Unterschiede zeigen sich auch beim Ausstattungskomfort mit außerschulischem Hilfspersonal: Sozialpädagogen, pädagogische Mitarbeiter, um nur einen Bereich zu nennen. Wir hingegen müssen Inklusion bewältigen ohne Förderschullehrkräfte: die zusätzliche Stunden werden Gymnasiallehrkräften zugewiesen, damit sie überhaupt erteilt werden. Wenn nicht die Kommunen mit zahlreichen Schulbegleitungen einsprängen, wäre Inklusion vielerorts bereits jetzt schon am Ende.

Hier bildet sich ein Denken ab, dass einem nichtgymnasialen Paradigma folgt: Je mehr Heterogenität, desto besser für Lernumgebung und die Ergebnisse. Das wäre bedenkenswert, wenn es für dieses Paradigma belastbare empirische Studien gäbe. Doch dies ist nicht der Fall. Die groß angelegte Studie von Fend widerlegt den Mythos der geringe-

ren sozialen Selektivität von Gesamtschulen entgegen der Erwartung ihres Initiators und die Ergebnisse der PISA-E-Studien weisen den Gesamtschulen in der Leistungsskala einen Platz zwischen Realschulen und Hauptschulen zu.

Wir sehen mit großer Sorge: Das Gymnasium wird durch Veränderung wesentlicher Voraussetzungen von innen heraus demontiert. Diese bewusst herbeigeführte Erosion des Gymnasialen zeigt sich besonders deutlich bei der geplanten Einführung des Stufenlehrers:

„Die rot-grüne Koalition wird die geltende Schulformorientierung der Lehrerbildung angesichts der Veränderungen in der Schullandschaft in eine schulstufenbezogene Ausbildung umwandeln.“ (S. 43)

Das sind klare Worte aus der Koalitionsvereinbarung, sie zeigen uns: das geplante Lehrerbildungsgesetz wird das Gymnasiums als eine in sich geschlossene, konzeptionell von Jg. 5-13 auf das Abitur ausgerichteten Schulform abschaffen. Ohne Gymnasiallehrer aber kein Gymnasium. Dazu, Frau Ministerin, hätten wir gern eine klare Auskunft. Auch die Wähler in Niedersachsen wird das interessieren!

Wir sehen mit großer Sorge: Das zentrale Problem unseres Schulsystems wird gar nicht in den Blick genommen: seine mangelnde Anschlussfähigkeit sowohl in Beruf wie Hochschule. Der Erfolg unserer Schulform zeigt sich darin, wie unsere Absolventen die Hürden dort nehmen. Und die sind hoch. Wenn wir den Stimmen aus diesen Bereichen glauben wollen, versagt unser System an seiner entscheidenden Stelle: es zertifiziert wohl in höherem Umfang als früher, aber es qualifiziert weniger. „Nach wie vor“, so Heinz Elmar Tenorth in der FAZ vom 26. Februar, „garantiert das allgemeine Schulsystem keine hinreichende Kompetenz seiner Absolventen.“ Studienabbrecherzahlen bis zu 70% bei den Nicht-Numerus-Clausus-Fächern werden gemeldet. Der Grund: das Absenken von Anforderungen allenthalben, weil eine bestimmte Kennziffer von Abschlüssen politisch festgeschrieben werden soll. Das führt in vielen Fällen bei unsern Absolventen zu einem Praxisschock: Die Welt außerhalb der Schule ist eben nicht durch Förderkonzepte und Nachteilsausgleiche gekennzeichnet. Auch darauf müssen wir vorbereiten.

II. Wir sehen mit großer Sorge noch auf einen anderen Bereich

Schulqualität, Frau Ministerin, hat einen einzigen Ort, sie findet in der Schule und im Unterricht statt, nicht in Verlautbarungen von Presse und Ministerium. Was das Gymnasium betrifft, so sehen Sie hier die verantwortlichen Ingenieure dieser Qualität versammelt und wenn wir uns kritisch zu Wort melden, dann deshalb, weil wir uns zunehmend Sorgen machen, dass wir die Versprechungen, die die Gesellschaft von der Politik erhält,

nicht erfüllen können. Denn sie sind nicht mit uns abgesprochen und auch die Bedingungen ihrer Erfüllung sind oft nicht gegeben.

Seit mehr als 20 Jahren sind die Zeitressourcen für die Verwaltung von Schule nicht den Anforderungen angepasst worden. Für die Koordinatorinnen und Koordinatoren haben das mit erfreulicher Deutlichkeit die Kolleginnen Korsch und Koller in einem Aufsatz der Zs. „Schulverwaltung“ dargelegt. Und die Direktorenvereinigung weist seit Jahren in ihren Resolutionen auf die strukturelle Überbelastung hin, so auch auf der JHV des vergangenen Jahres: **Schulentwicklung, die Selbstaubeutung voraussetzt, ist ein Dienstvergehen.** Eine Reaktion ist darauf nicht erfolgt. Stattdessen wurde die Unterrichtsverpflichtung entgegen unserem sehr gut begründeten Votum auch für die Schulleitungen erhöht. Dadurch fehlen den Gymnasien im Durchschnitt seit Beginn dieses Schuljahres wöchentlich etwa zehn Stunden an Leitungszeit. Das entspricht der Arbeitskraft eines Koordinators! Wie wir das ausgleichen - mit diesem Dilemma lässt uns das MK allein! Ich zitiere hier gerne die GEW: Wer den Lehrern neue Aufgaben überträgt, muss auch mehr Stellen schaffen.

Wir sind sehr befremdet, dass es dazu aus Ihrem Hause nur Beschwichtigungen gibt oder gar keine Reaktionen – meine letzten drei Briefe von Januar und Februar sind bis heute nicht beantwortet und unsere Remonstrationen wurden formaljuristisch erledigt, in ihrem sachlichen Anliegen aber gar nicht beachtet. Die Wahrnehmung der Schutz- und Fürsorgepflicht des Dienstherrn, die durch Art. 33 Abs. 4 des Grundgesetzes Verfassungsrang hat, sähe anders aus.

Frau Ministerin, die Gymnasien fühlen sich in dieser Frage von der Politik in jeder Hinsicht allein gelassen. Wir sind ja auch bisher wahrlich nicht verwöhnt worden, aber nunmehr stehen wir an einem Punkt, wo wir Ihnen kollektiv anzeigen, dass es so nicht weitergeht. Die großen anstehenden bildungspolitischen Projekte – Rückkehr zu g9, Inklusion, Ausweitung des Ganztags - können nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Ressourcenfrage realistisch beantwortet wird, nicht dilatorisch oder verharmlosend. Das gilt übrigens auch für die Schulinspektion, die in neuer Gestalt mit erheblichen personellen Investitionen durchs Land geschickt wird. Sie ist ein äußerst ambitioniertes Unternehmen, aber zugleich – bei realistischer Betrachtung - ein Großauftrag zur Umgestaltung der pädagogischen Innenarchitektur unserer Schulen. Wenn Sie so wollen: ein überdimensioniertes Projekt, das, wie wir es gelernt haben, nach smarten Kriterien angegangen werden muss: Spezifisch – Messbar – akzeptabel – realistisch – terminiert. Es wäre uns wichtig, Frau Ministerin, dass Sie die Botschaft der hier versammelten Qualitätsingenieure mitnehmen: das Projekt erfüllt die Bedingung „smarter“ Kriterien nur sehr bedingt: es ist in großen Teilen nicht akzeptiert – ich denke da etwa an bestimmte Formen von Unterrichtsentwicklung - und unter derzeitigen Rahmenbedingungen nicht realistisch umzusetzen, mehr noch: als der Fürsorge verpflichtete Dienstvorgesetzte dür-

fen wir seine Umsetzung an vielen Stellen eigentlich gar nicht verantworten. Aus diesem Verantwortungsgefühl heraus erheben wir unsere Stimme auch in der Öffentlichkeit.

Wir verkennen nicht, dass die Gestaltung eines guten Bildungssystems eine durchaus komplexe Aufgabe ist, die in der Öffentlichkeit weithin unterschätzt wird. Aber Qualität können wir nur gemeinsam erreichen, deshalb biete ich Ihnen einmal mehr unsere Zusammenarbeit an. Bitte sehen Sie unsere remonstrativen Einsprüche als Ausdruck unseres konstruktiven Gestaltungswillens. Das kann ich hier für alle Mitglieder der NDV zusagen. Wir sind mit im Boot, das ist keine Frage, aber Kurs und Arbeitsbedingungen der Besatzung können uns nicht egal sein. Und zugleich gilt: wenn Sie wirklich Veränderung wollen, die ankommt, dann ist der Rat des Skeptikers mehr wert als die Beschwichtigung des Schönfärbers.

Mit diesem Bekenntnis zu einem konstruktiven Skeptizismus wünsche ich unserer Tagung einen erfolgreichen Verlauf!